

KRISENTAGEBÜCHER – EIN GESPRÄCH MIT ZEITZEUGEN

von Béatrice Acklin Zimmermann

Die Corona-Pandemie bildet ein für die gegenwärtigen Gesellschaften bis dato unbekanntes Szenario. Ein Virus, das sich in dieser Geschwindigkeit und Radikalität über alle territorialen und politischen Grenzen hinwegsetzt und die Welt geschlossen in Atem hält, übersteigt unseren heutigen Erfahrungshorizont.

Wie erleben das Zeitzeugen von früheren, einschneidenden Krisen? Und lässt sich aus ihrem Umgang damit für unsere Zeit etwas lernen?

Mein heutiger Gast ist
Dr. Hans-Jochen Vogel

Noch im vergangenen Sommer sassen wir in Ihrem Hause beim Kaffee, jetzt wäre das nicht mehr möglich. Wie hat sich Ihr Alltag durch die Corona-Krise verändert?

Nun, mein Alltag war ja schon vor der Corona-Krise dadurch ziemlich eingeschränkt, dass ich an den Rollstuhl gefesselt bin und das Haus nicht selbstständig verlassen kann. Mit dem absoluten Besuchsverbot, das wegen der Corona-Krise jetzt für die ganze Altersresidenz gilt, ist eine weitere Veränderung eingetreten. Sie verunmöglicht es mir, meine Kinder zu sehen. Auch das Restaurant, wo sich die Bewohner des Stifts jeweils zum Essen und zum Austausch getroffen haben, ist jetzt geschlossen. Auch die zahlreichen kulturellen Veranstaltungen, mit denen uns unser Haus erfreut hat, finden nicht mehr statt. Meine Frau und ich sind deshalb auch ziemlich abgeschnitten von der Umwelt und leben mehr oder weniger in Quarantäne. Das Personal des Hauses leistet jedoch hervorragende Arbeit.



Mit der Vielzahl der von ihm bekleideten politischen Spitzenämter nimmt Hans-Jochen Vogel als deutscher Sozialdemokrat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Sonderstellung ein.

Sie selber haben die Ausgangssperren nach dem Zweiten Weltkrieg erlebt. In der Schweiz diskutiert man derzeit über die Ausgangssperre für über 65-Jährige. Was halten Sie davon und wäre eine solche aus Ihrer Sicht verhältnismässig?

Man muss wissen, dass Ausgangssperren unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg keine vollständigen Ausgangssperren waren, sondern am Abend begannen und über Nacht andauerten. Das unterscheidet sie von einer vollständigen Ausgangssperre für über 65-Jährige, über die auch hierzulande diskutiert wird. Ich halte diese Diskussion für sinnvoll, weil die vorhandenen Zahlen eindeutig zeigen, dass das Virus für ältere Menschen besonders bedrohlich ist. Da eine solche Ausgangssperre die Freiheitsrechte älterer Menschen deutlich einschränken

würde, muss natürlich geprüft werden, ob ein solcher Eingriff rechtlich zulässig ist. Sollte dies der Fall sein, könnte ich einer solchen Ausgangssperre durchaus etwas abgewinnen, da von ihr positive Auswirkungen zu erwarten sind.

Sie waren Soldat im Zweiten Weltkrieg. Als die Rote Armee Fraktion mit ihrem Terror Deutschland in Angst und Schrecken versetzte, gehörten Sie der Bundesregierung an, und nach dem Attentat bei den Olympischen Spielen 1972 in München haben Sie die Särge der getöteten Sportler nach Israel begleitet. Hat jemand, der so «krisenerprobt» ist, einen anderen Blick auf die gegenwärtige Corona-Krise als jene – mich eingeschlossen – für die einschneidende Krisen immer weit weg waren und die nun zum ersten Mal in ihrem Leben damit hautnah konfrontiert sind?

Die drei Krisen, die Sie nennen, waren in der Tat die Krisen, die mich in meinem Leben am stärksten beschäftigt und herausgefordert haben. Allerdings sind die Herausforderungen durch die RAF und das Attentat auf die israelischen Sportler an den Olympischen Spielen nicht vergleichbar mit der Corona-Krise, denn sie waren ja auf einen ganz bestimmten Bereich begrenzt, während uns die derzeitige Pandemie vor umfassende, globale Herausforderungen stellt. Gewisse Ähnlichkeiten zur derzeitigen Krise sehe ich vielleicht noch am ehesten beim Zweiten Weltkrieg und der Lebensgefahr, die von ihm ausging, auch wenn diese für die Soldaten und vom Luftkrieg Betroffene grösser war als die Bedrohung durch das Corona-Virus. Ein markanter Unterschied ist auch, dass die damalige Gefahr von Menschen und deren Entscheidungen ausging. Die derzeitige Krise geht nicht von Menschen und deren Entscheidungen aus, sondern von einem Virus, das wir nicht unter Kontrolle haben. Etwas Vergleichbares habe ich noch nie erlebt.

Viele Politiker greifen derzeit zu martialischen Worten: Der französische Staats-

«Gewisse Ähnlichkeiten zur derzeitigen Krise sehe ich am ehesten beim Zweiten Weltkrieg und der Lebensgefahr, die von ihm ausging, auch wenn diese für die Soldaten und vom Luftkrieg Betroffene grösser war als die Bedrohung durch das Corona-Virus.»

präsident etwa sagt, dass wir uns im «Krieg gegen das Virus» befänden. Wie kommt diese Kriegsrhetorik bei Ihnen an?

Ich selber hätte diesen Ausdruck vielleicht nicht benutzt, aber ich finde ihn auch nicht besonders aufregend. Niemand hätte wohl etwas dagegen, wenn man anstatt vom Krieg einfach vom Kampf gegen das Virus sprechen würde.

Die Corona-Krise stellt den Rechtsstaat in diesen Wochen vor eine riesige Herausforderung: Die Regierungen haben eine enorme Machtfülle, die Parlamente sind grösstenteils in der Zwangspause, die Freiheitsrechte wie z. B. das Versammlungsrecht sind massiv eingeschränkt. Wie lange kann ein Land und eine Volkswirtschaft einen solchen Stillstand durchhalten?

Ich kann nur für Deutschland antworten, da ich die Verhältnisse in den anderen Staaten nicht genau genug kenne. Für Deutschland ist in der Tat erstmalig, dass in diesem Umfang in die allgemeinen Rechte der Bürger und Bürgerinnen eingegriffen wird. Aber dieser Eingriff ist gesetzlich abgestützt: Wir haben ein Infektionsbekämpfungsgesetz, das die bisher getroffenen Massnahmen erlaubt. Wenn darüber hinaus in einer ausserordentlichen Situation wie der jetzigen Gesetze notwendig sind, werden diese vom Bundestag in einem beschleunigten Verfahren beschlossen. Ein gutes Beispiel ist das eben vom Bundestag beschlossene Hilfspaket zur Stützung der Volkswirtschaft in Zeiten von Corona. Also, wir befinden uns in einer Situation, die wir bislang nicht kannten, die aber voll in Einklang steht mit der hiesigen Rechtsordnung. Sorgen bereitet mir jedoch das, was derzeit in Ungarn passiert: Dass die Corona-Krise dort zum Machtausbau der Regierung benutzt wird, erinnert mich in erschreckenderweise

an das Ermächtigungsgesetz in Deutschland im Jahr 1933.

Bemerkenswert ist, dass in der Schweiz im Zusammenhang mit der Corona-Krise über die umstrittene Nutzung von Telefondaten diskutiert wird: Plötzlich könnte etwas möglich sein, was zuvor grundrechtlich bedenklich erschien. Wie stellen wir sicher, dass einzelne, im Notstand erlassene Gesetze nach dem Ende der Corona-Krise nicht einfach klammheimlich weitergeführt werden – wie sieht das der ehemalige Bundesjustizminister?

Auch in Deutschland ist diese Diskussion angelaufen: Der Bundestag hat letzte Woche über eine Ergänzung des Infektionsbekämpfungsgesetz beraten, in dem ein Passus vorsieht, Handydaten auszuwerten, um die Infektionsketten mit dem Corona-Virus zurückverfolgen zu können. Dass dieses Verfahren Rückschlüsse auf die Handybesitzer zugelassen hätte, ging dem Bundestag zu weit und er hat diesen Passus abgelehnt. Weil man sich aber grundsätzlich einen grossen Erfolg von einem solchen Verfahren verspricht, ist nun eine Diskussion darüber im Gange, wie Handydaten ausgewertet werden könnten, ohne dass deren Besitzer identifiziert werden können. Sollte so etwas möglich sein, sehe ich keinen Grund, weshalb man unter den aktuellen Umständen gegen die Weitergabe von Daten zum Zweck des Gesundheitsschutzes sein sollte.

«Die derzeitige Krise aber geht von einem Virus aus, das wir nicht unter Kontrolle haben. Etwas Vergleichbares habe ich noch nie erlebt.»

Mit dem Ausbruch von COVID-19 haben viele Länder ihre Grenzen ganz oder teilweise geschlossen, medizinisches Material wird für das eigene Land reserviert. Jeder macht seines. Ist die Corona-Krise die Stunde der Nationalstaaten?

Die gegenwärtige Situation hat dazu geführt, dass in vielen Fällen zuerst die Gemeinden, die Landkreise und die Bundesländer und erst danach der Bund tätig geworden ist. Dabei kam dann aber stets eine bundeseinheitliche Regelung zustande, dagegen kann man nichts einwenden. Auch die Regierungschefs anderer Länder haben schnell und unterschiedlich reagiert. Es gibt ja auch erhebliche Unterschiede: Die Situation in Italien oder Spanien bspw. lässt sich nicht vergleichen mit jener in Deutschland oder Skandinavien. Auch verstehe ich, dass die Ministerpräsidenten und Staatschefs nicht zuwarten konnten oder können, bis sich die 27 Mitglieder der EU über einheitliche Hilfsmassnahmen verständigt haben. Aber es ist schon so, dass die Corona-Krise eine existenzielle Bewährungsprobe für Europa ist. Die entscheidende Frage wird deshalb sein, ob es auch in dieser Sache zu einheitlichen Lösungen kommt und was die EU unternimmt, um die wirtschaftlichen Folgen der Krise abzuwenden oder wenigstens zu mildern. Dazu gehört dann auch eine Entscheidung in der Frage der Euro-Bonds, in der die Meinungen zwischen nördlichen und südlichen Ländern auseinandergelassen werden. Jedenfalls sollte Solidarität doch ein zentraler Grundwert der EU sein.

Nun weiss man aus der Geschichte, dass sich in der Krise tiefe Menschlichkeit und Solidarität zeigen, aber auch menschliche Abgründe. Was ist Ihre diesbezügliche Erfahrung?

Auch während des Zweiten Weltkrieges gab es viel Solidarität und Hilfe, oftmals sogar über die Landesgrenzen hinaus. Aber es gab eben auch all die Schrecklichkeiten, gerade auf unserer Seite. Bei der jetzigen Krise habe ich hingegen den Eindruck, dass die Hilfe und das Miteinander im Vordergrund stehen. Wenn man sieht, wie in Italien die Menschen an ihren Fenstern singen, um sich gegenseitig Mut zu machen und wenn man sieht, wie tapfer das Pflegepersonal und andere, die in dieser Krise speziell herausgefordert sind, arbeiten und kämpfen, dann steht das Positive doch eindeutig im Vordergrund. Ich verwende da ein Wortspiel und sage: Es zeigt sich, dass die Menschen nicht gegeneinander und nicht nebeneinander leben sollen, sondern miteinander und füreinander. Und dieses Füreinander ist doch jetzt sehr in den Vordergrund getreten. Das freut mich.

Nun leiden ja ältere Patienten im Zusammenhang mit dem Corona-Virus unter einer erhöhten Sterblichkeit. Als wir uns im letzten Sommer in München sahen, sagten Sie mir, dass man in Ihrem Alter vor dem Ende des Lebens sowieso keine Angst mehr haben sollte. Nun sind es aber oftmals gerade ältere Menschen, die sich einen assistierten Suizid wünschen. Wie denkt der praktizierende Katholik Vogel über das Thema Sterbehilfe?

Es geht ja häufig nicht so sehr darum, dass Menschen den Tod fürchten, sondern dass sie Angst vor einem langen, schmerzhaften Sterben haben. Bezüglich Sterbehilfe hat das Urteil, welches das Bundesverfassungsgericht vor ein paar Wochen gefällt hat, in Deutschland zu einer neuen Debatte über den assistierten Suizid geführt. Das Urteil besagt, dass jeder Mensch das unbedingte Recht hat, über sein Leben und über seinen Tod zu entscheiden. Das Urteil lässt auch in gewissem Umfang zu, dass er dazu Hilfe in

Dr. Hans-Jochen Vogel, geboren 1926 in Göttingen, war 1943–1945 Soldat im Zweiten Weltkrieg. Ab 1946 studierte er Rechtswissenschaften und promovierte mit einer Dissertation über ein strafrechtliches Thema. 1950 erfolgte der Eintritt in die SPD. Vogel war von 1960 bis 1972 Oberbürgermeister von München, von 1972 bis 1974 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, danach bis 1981 Bundesminister der Justiz und im Jahr 1981 Regierender Bürgermeister von Berlin. Mit der Vielzahl der von ihm bekleideten politischen Spitzenämter nimmt Hans-Jochen Vogel als deutscher Sozialdemokrat in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Sonderstellung ein. Über Regierungsfunktionen in zwei Ländermetropolen und zwei Bundesministerien hinaus, führte Vogel die SPD zeitweise als Kanzlerkandidat, als Bundestagsfraktionsvorsitzender und als Parteivorsitzender. Vogel war von 2001–2005 Mitglied im Nationalen Ethikrat, einer Organisation, die zu ethischen Fragen der Biotechnologie und deren Folgen für Individuum und Gesellschaft Stellung nimmt. 2001 erhielt er den Leo-Baeck-Preis, die höchste Auszeichnung des Zentralrates der Juden in Deutschland. Seit Anfang 2006 lebt Hans-Jochen Vogel zusammen mit seiner Frau Liselotte im Wohnstift der Augustinum Gruppe, einer Altersresidenz in München.

Anspruch nehmen kann. Das war auch bisher schon möglich. Der Streitpunkt dabei ist jetzt, ob auch Vereine, die für die Sterbegleitung Geld verlangen, die das also wirtschaftlich betreiben, als Sterbehelfer tätig sein dürfen, wie das in der Schweiz ja schon länger der Fall ist. Und da würde ich mich ganz entschieden dagegen aussprechen. Entscheiden muss das jetzt der Gesetzgeber.

Erlauben Sie mir zum Schluss eine ganz persönliche Frage: Als gläubiger Mensch glauben Sie, dass der Tod nicht das letzte Wort haben wird: Wie stellen Sie sich das vor, was Sie nach dem Tod erwartet?

Dass der Tod nicht das letzte Wort haben wird, ist ein Kernelement des christlichen Glaubens und ein Kernelement der Lehre Jesu Christi. Mein Glauben schliesst ein, dass der Tod nicht das endgültige Ende ist, sondern dass sich dann eine Pforte öffnet in eine neue Situation. Dann werde ich mich vor Gott verantworten müssen für mein Leben. Wie nach dem Tod die Dinge im Einzelnen aussehen, das lässt sich nicht sagen. Zwar gibt es die eine oder andere Andeutung in der Bibel. Aber wie es wirklich ist, das erfährt man erst, wenn man die Pforte durchschritten hat.